

Zeitschrift:	Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber:	Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band:	21 (1945-1946)
Heft:	32
Artikel:	Nächste Aufgaben
Autor:	Welti, H.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-711455

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Wehrwesen in der Zukunft

In Beantwortung der Interpellationen Barben und Jaquet äußerte sich der Chef des Eidg. Militärdepartementes, Bundesrat Kobelt, über die künftige Gestaltung unseres Wehrwesens. Folgende Punkte sind von besonderer Wichtigkeit:

1. Die internationale Lage verlangt **Sofortmaßnahmen**, durch welche die Armee in die Lage versetzt wird, den Abwehrkampf nötigenfalls schon heute oder morgen aufzunehmen.

2. Weder die UNO noch der Sicherheitsrat können den Weltfrieden unter allen Umständen sicherstellen. Selbst der Beitritt unseres Landes zur UNO würde nicht von der Pflicht entbinden, **militärische Maßnahmen zur Selbstverteidigung** zu treffen. Die Neutralität muß beibehalten werden.

3. Das **Alpenréduit** bildet nach wie vor unsere zentrale Verteidigungsstellung. Es sind aber heute noch andere Verteidigungsarten vorzubereiten.

4. Das System der **Mobilmachung** befindet sich in Neuordnung. Neue **Aufmarsch- und Operationspläne** werden ausgearbeitet.

5. Dem **Grenzschutz** obliegt der Schutz von Mobilmachung und Aufmarsch.

6. Die **Fliegertruppe** wird stark ausgebaut. Einzelne ihrer Bestände müssen

jederzeit in der Lage sein, sich einem Eindringling entgegenzuwerfen.

7. Dem **Partisanenkrieg** ist große Beachtung zu schenken. Die **Ortswehren** müssen unter allen Umständen beibehalten bzw. durch ebenbürtige Verbände ersetzt werden. Sie sind nicht dazu da, um bei Arbeitskonflikten eingesetzt werden!

8. Der **Abbau der Luftschutzmaßnahmen** ist entschieden zu weit gediehen. Man hat einer öffentlichen Meinung nachgegeben, die sich über allfällig drohende Gefahren nicht genügend Rechenschaft gibt. Der Luftschutz darf nicht verschwinden. Er wird der Armee unterstellt werden.

9. Der **Territorialdienst** wird weiter ausgebaut.

10. Dem **Zerstörungswesen** gebührt angesichts der Besonderheiten unserer geographischen Verhältnisse besondere Beachtung.

11. **Befestigungsanlagen** haben ihren Wert nicht verloren. Was wertlos ist, soll abgebrochen und durch moderne Festungen ersetzt werden.

12. Zur Verstärkung unserer Abwehrkraft ist es vor allem nötig, unsere **Panzer- und Fliegerabwehr** auszubauen.

13. Einzelne Truppenteile sollen mit geländegängigen Motorfahrzeugen ausgerüstet werden. Der vermehrten

Motorisierung wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

14. Man darf nicht einfach jede fremde Errungenschaft kritiklos übernehmen. Was uns aber für die Landesverteidigung dienen kann, ist Gegenstand wissenschaftlicher Forschung durch bestqualifizierte Kräfte. Versuche mit **Raketen geschossen** sind im Gange.

Nach einigen Kommentaren zu den Fragen der Soldatenerziehung, der Bekleidung und der Offizierslaufbahn, schloß Bundesrat Kobelt seine große Rede mit den Worten: «Die Vorbereitungen für den Krieg müssen im Frieden getroffen werden. Wer weiß, ob bei einem künftigen Weltbrand wieder einige Jahre Frist in Form von Aktivdienst eingeräumt werden, um allenfalls Versäumtes nachzuholen, oder ob wir nicht vielleicht sofort nach oder schon während der Mobilmachung zum Kampf antreten müssen? Alle unsere Anstrengungen verfolgen keinen andern Zweck, als dem Lande die Unabhängigkeit und den Frieden zu erhalten.»

Wir haben diesen bedeutsamen Ausführungen des Chefs des Eidg. Militärdepartementes nichts mehr beizufügen, sind sie doch lediglich eine Bestätigung dessen, was unser Organ, der «Schweizer Soldat», gegen alle anderslaufenden Ansichten seit Jahr und Tag in seinen Spalten vertritt. E. Sch.

Nächste Aufgaben

In der Abendsitzung des Nationalrates vom 28. März 1946 hat der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes über die zukünftige Gestaltung unseres Wehrwesens referiert. In der äußeren Form folgte er damit einem sich seit dem Kriegsausbruch immer mehr anbahnenden Verfahren, militärische Probleme, soweit sie aus Gründen der Landessicherheit nicht oder nicht mehr geheimzuhalten sind, vor dem Forum des gesamten Parlamentes zu behandeln. Damit soll, wie der Redner darauf hinweist, die öffentliche Diskussion angeregt und der engere Kontakt der Spitze der militärischen Hierarchie — ein Wort, das wir gerne aus unserem Vokabular streichen würden — mit dem Wehrmann und Bürger hergestellt werden.

Dies ist taktisch — taktisch nicht in militärischem, sondern im politischen Sinne verstanden — sicher der richtige Weg, dem sich auf den Lorbeeren ausruhenden Schweizer vor Augen zu führen, daß das Werk wohl für einmal vollbracht wurde, daß jedoch hier wie überall Stillstand Rückschrift bedeutet und Aufgaben der Lösung harren, de-

ren Komplexität und weittragende Wichtigkeit gern mit dem ebenso grundsätzlichen wie gedankenarmen Argument abgetan werden, daß das Zeitalter der Atombombe jede Diskussion militärischer Belange zur Farce mache.

Gerade heute, wo unverkennbare Zeichen einer gewissen Lethargie vorhanden sind — das Kriegsende hat diesmal nicht wie 1914 die Friedensapostel auf den Plan gerufen, die in utopischer und falsch verstandener Verbrüderungsmanie machten — ist es nötig, diese Teilparalyse mit einem ungefährlichen Stimulans zu beheben. Auch ein nasser Waschlappen tut seine Wirkung, und der verbreiteten öffentlichen Meinung über die heutige Nutzlosigkeit der Armee wird am besten ein Schnippchen geschlagen, indem frisch zur Tagesordnung übergegangen wird.

Es ist denn auch kennzeichnend für den Nebenzweck, den sich Bundespräsident Kobelt von seinen orientierenden Ausführungen im Parlament und deren Publikation in der Tagespresse verspricht, wenn er darauf hinweist, daß,

bevor neue Entschlüsse gefaßt werden, es dem schweizerischen Wehrwesen nur nützlich sein kann, die Ansicht weiterer Kreise über die militärischen Probleme zu erfahren.

Auch wenn, wie nach jedem gut überstandenen Sturm, die Takelage des Staatsschiffes einer Ueberholung bedarf, so handelt es sich doch weniger darum, die Eingabe der nachgerade berühmt gewordenen Zweihundert nach allen Ecken und Kanten zu sezieren, retrospektive Beobachtungen über Ursachen, Motive, theoretische und tatsächliche Auswirkungen anzustellen und unter parteipolitischer Ausschlachtung die schwarzen Schafe zu suchen, die, im Gegensatz zu Brüdern gleicher Färbung, den militärisch-politischen Tarnanstrich auf ihrem Pelz nicht mehr oder nicht dick genug auftragen. Nein, es stellt sich die Aufgabe nach erfolgter Linien- und Budget-Bereinigung auf das Nächstliegende zurückkommend, im Bewußtsein, daß nach wie vor die Schweiz als souveränes Staatsgebilde der Unabhängigkeit nach außen und der Ruhe und Ordnung im Innern bedarf um existieren zu können, den diesen Zweck

ratzen hat, und sperrt daraufhin weiter den Raum Schachen-Eggen, d. h. er bekämpft den Panzer A.

Begründung: Wenn sich der Tb.-Kpl. strikte auf seinen Auftrag beschränkt (Sperrung des Raumes Schachen-Eggen) und sich also nur mit dem Panzer A befaßt, so gerät inzwischen der Panzer B in seine rechte Flanke, rollt die Stellung auf und vernichtet die Tb. Es ist vor allem zu beachten, daß sich der Panzer A noch außer Tb.-Schußweite befindet (Distanz 500 m), während der Panzer B (Distanz 250 m) sofort beschossen werden kann. Da der Panzer A nur mittlere Geschwindigkeit hat, bleibt für seine Abwehr noch genügend Zeit übrig; im Notfall kann aber auch die Tb. 500 m westlich einspringen.

Die übrigen guten bis brauchbaren Lösungen: Füs. Ernst Gasser, Kriens; Lt. Max Siegrist, Zürich; Fw. Edi Castelberg, Mettmenstetten; Georg Sibler, Dättlikon a/l.; Four. Albert Härdy, Lenzburg (UOV); Kpl. Walter Byland, Lenzburg (UOV); Gefr. Paul Geiger, Lenzburg (UOV); Kpl. Ernst Wernli, Lenzburg (UOV); Kpl. Jakob Schmid, Lenzburg (UOV); FW.Sdt. Walter Studer, Kaiserstuhl (Ag.); Kpl. A. Liebi, Seftigen (Bern); Adj. Zfr. Oskar Bührer, Schaffhausen; Wm. Hans Mathys, Münchenbuchsee; Gefr. Armin Reithaar, Erlenbach; Kpl. Willy Pfarrer, Frauenfeld; Kpl. Kurt Badertscher, Teufenthal; Gren. Ernst Fischer, Yverdon; Kpl. Hans Gremlich, Fruthwilen; Lt. Paul Oswald, Bière; Gefr. Hans Schnorf, Bern; Lt. K. Mühlbach, Genf; Kad. Lt. Wetzel, Basel.

erfüllenden Staatsapparat, die Armee, intakt und einsatzbereit zu halten.

Bundespräsident Kobelt benützt denn auch die Interpellation um zu zeigen, daß der Bundesrat zu den Hauptpositionen und grundsätzlichen Fragen bereits Stellung bezogen hat, nachdem wertvolle Vorarbeit von der Landesverteidigungskommission bereits geleistet worden war und sich die erweiterte Kommission, die sich aus Heereseinheitskommandanten und den Abteilungschefs des Eidg. Militärdepartements zusammensetzt, in Grundsätzlichem ausgesprochen hatte.

Noch bleibt aber vieles zu tun. Nicht nur lehrt die Kriegserfahrung, daß eine militärische Neuorientierung im engen Sinne nötig ist, nicht nur der Tatschrift

als Drill- und Erziehungsmittel ist überholt, sondern es zeigt sich auch, daß das fragende Fundament des Wehrwesens, der Wehrwille, einer Auffrischung in neuen Ausdrucksformen bedarf.

Wenn Bundespräsident Kobelt die Diskussion gewissermaßen blanko frei gibt, so sind doch die vielfältigen Beziehungen zwischen Bürger und Soldat jene Probleme, die am meisten zum Meinungsaustausch geeignet sind. Die Besonderheiten der Einordnung des Bürgers ins Wehrwesen, charakteristisch für unser Milizsystem, finden ihren Niederschlag im Dienstreglement, dessen Revision auch bereits ins Auge gefaßt wurde.

Das Dienstreglement konnte sich den

Störungen und Einflüssen zur Zeit seines Erlasses und seiner Blickrichtung nach Norden nicht entziehen. Heute weht ein anderer Wind, den viele so luftig meinen wie die amerikanischen Sommeruniformen und dabei zu vergessen scheinen, daß Disziplin, Unter- und Einordnung Grundbedingungen jeden Wehrmannes sind.

Das Dienstreglement ist die Hausordnung der Armee. Wenn diese Hausordnung zur Diskussion gestellt wird, so hofft man von der Kritik — die objektive Kritik und nicht destruktive Anprangerung sein soll —, daß sie zur Selbstbesinnung führt und das zu schaffende Neue vom Gedankengut des Souveräns so viel als möglich in sich aufnimmt.

Wm. H. Welti.

Unerfreuliche Gegensätze

Wie in der letzten Nummer ausführlich berichtet wurde, haben die eidg. Räte das Militärbudget nach längerer Diskussion genehmigt. Wenn auch das Abstimmungsresultat ein durchaus erfreuliches Bild zeigte, so mußte einem doch auffallen, wie die Diskussionsredner fast ausnahmslos für weitere Abstriche plädierten, und man konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Millionen des Militärbudgets von den Volksvertretern nur mit Widerwillen bewilligt worden seien. Eine Woche später legte Bundespräsident Kobelt, Vorsteher des EMD, in Beantwortung einer Interpellation im Nationalrat den Standpunkt unserer obersten Landesbehörde in den Fragen der Reorganisation und des Ausbaus unseres Wehrwesens dar; seine ausführlichen Aeußerungen fanden die einmütige Billigung des Parlaments...

Wir stehen vor der Tatsache, daß man auf der einen Seite die Anstrengungen unserer Behörden, ihre Pläne und Absichten zur Stärkung unserer Landesverteidigung begrüßt, auf der andern Seite aber geizt man mit jedem Franken, den man zur Verwirklichung der erforderlichen Arbeiten und Materialbeschaffungen bewilligen sollte.

Sehr umstritten ist auch die neue Verordnung über den Vorunterricht, dessen Notwendigkeit allenorts eingesehen wird. Man ist sich auch darin einig, daß sich der Vorunterricht in erster Linie zugunsten unseres Wehrwesens aus-

wirkt; und trotz dieser Einsicht zielen alle Ausführungen von Privaten wie von Verbänden dahin, den Ausdruck «Militär» in der neuen Verordnung um jeden Preis zu vermeiden: alles, was überhaupt an unsere Armee gemahnt, soll im VU unterdrückt werden. Nur eines wird kommentarlos akzeptiert: die Beiträge, welche das EMD an die Vereine auszahlt. Man distanziert sich von den Leiterkursen in Magglingen und möchte diese Leiterausbildung vollständig in die Verbände hereinnehmen; mit andern Worten: man möchte dem Staafe auch den letzten Einfluß, den er jetzt auf den VU noch hat, nehmen. Nur eines will man dem Staafe ohne jegliche Einschränkung überlassen: die Finanzierung.

Volk und Behörden setzen sich im Thurgau gegen die geplante Erweiterung des Artillerie-Schießplatzes Frauenfeld energisch zur Wehr. Gleichzeitig betont man aber, welch großes Interesse man für eine Belassung der Artillerieschulen in Frauenfeld bekunde. Man weigert sich kategorisch, dem Staafe irgendwelche Konzessionen zu machen; man möchte aber trotzdem nicht um den Genuß der wirtschaftlichen Vorteile kommen, welchen die Anwesenheit von jährlich vielen hundert Rekruten zweifelsohne bedeutet.

Diese Beispiele ließen sich mühe los vermehren; einmal deutlicher, das andere Mal etwas weniger ausgeprägt finden wir aber überall den gleichen

roten Faden: eine Art von Egoismus, der nicht nur den Privaten beherrscht, sondern auch in unseren Ratsstuben sein jede Gemeinschaft vernichtendes Handwerk anhebt. Solange der Bürger selbst nichts geben muß, ist er mit allem einverstanden; wird aber auch nur ein kleines Opfer verlangt, sträßt er sich mit allen Mitteln dagegen. Diese Ablehnung der staatlichen Einmischung in die private Sphäre dürfte wohl hauptsächlich dem Drange entspringen, nach Jahren der Einschränkung sich wieder der vollen Freiheit hinzugeben; wie überall schießt man dann auch hier weit über das Ziel hinaus: von Pflichten will man nichts mehr wissen, fordert dafür aber um so mehr Rechte, eine für jedes Staatswesen sehr gefährliche Tendenz, welche von einer gewissen Presse mit allen Mitteln geschürt wurde. Es ergibt sich von selbst, daß der demokratische Staat durch derartige Störungen weit mehr gefährdet ist als etwa der absolutistische, der ähnliche Bestrebungen als staatsfeindliche Umtriebe unterdrücken wird.

Ein anderes Motiv dürfte auch noch von einer gewissen Bedeutung sein in diesem Zusammenhang: unsere grundsätzliche Einstellung zur Landesverteidigung. Aus seiner innersten Ueberzeugung heraus bejaht sie der Schweizer auch nach dem zweiten Weltkrieg in aller Form. Viele Leute aber, nennen wir sie mal Zweifler, um nicht Anpasser zu sagen, sind vom neuen Völkerbund